

10.441

**Parlamentarische Initiative
RK-SR.
Arbeitsverhältnis und Besoldung
des Bundesanwaltes
oder der Bundesanwältin sowie
der Stellvertretenden Bundesanwälte
oder Bundesanwältinnen
Initiative parlementaire
CAJ-CE.
Rapports
de travail et traitement
du procureur général
de la Confédération
et de ses suppléants**

*Erstrat – Premier Conseil*Einreichungsdatum 22.04.10Date de dépôt 22.04.10

Bericht RK-SR 20.05.10 (BBI 2010 4101)

Rapport CAJ-CE 20.05.10 (FF 2010 3737)

Stellungnahme des Bundesrates 04.06.10 (BBI 2010 4133)

Avis du Conseil fédéral 04.06.10 (FF 2010 3763)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.10 (Fortsetzung – Suite)

beitsverhältnisse nur Personen mit Schweizer Bürgerrecht zugänglich sind; b. welche Arbeitsverhältnisse nur Personen zugänglich sind, die ausschliesslich über das Schweizer Bürgerrecht verfügen.» Auch in Artikel 23 Absatz 1 der Bundespersonalverordnung wird diesbezüglich festgehalten: «Soweit es für die Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben notwendig ist, kann der Stellenzugang auf Personen mit schweizerischem Bürgerrecht beschränkt werden: a. durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) für das in der internationalen Verbrechensbekämpfung sowie für das bei der Polizei und in der Strafverfolgung eingesetzte Personal.» Ich kann es jetzt schon vorwegnehmen und muss es dann im Detail nicht mehr sagen: Die Kommission möchte an der Voraussetzung des Schweizer Bürgerrechts für den Bundesanwalt bzw. die Bundesanwältin festhalten. Das setzt voraus, dass man das Strafbehördenorganisationsgesetz ändert, und zwar durch Einfügung eines neuen Absatzes 1bis in Artikel 20 und eines zweiten Satzes in Artikel 20 Absatz 2 des Strafbehördenorganisationsgesetzes.

Ich bitte Sie, auf die beiden Vorlagen einzutreten, sie im Sinne Ihrer Kommission zu bereinigen und insbesondere auch der Änderung in Artikel 20 des Strafbehördenorganisationsgesetzes zuzustimmen.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen**L'entrée en matière est décidée sans opposition**Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen**Le débat sur cet objet est interrompu*

10.442

**Parlamentarische Initiative
RK-SR.
Organisation
und Aufgaben
der Aufsichtsbehörde
über die Bundesanwaltschaft
Initiative parlementaire
CAJ-CE.
Organisation et tâches de l'autorité
chargée de la surveillance
du Ministère public
de la Confédération**

*Erstrat – Premier Conseil*Einreichungsdatum 22.04.10Date de dépôt 22.04.10

Bericht RK-SR 20.05.10 (BBI 2010 4117)

Rapport CAJ-CE 20.05.10 (FF 2010 3751)

Stellungnahme des Bundesrates 04.06.10 (BBI 2010 4133)

Avis du Conseil fédéral 04.06.10 (FF 2010 3763)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.10 (Fortsetzung – Suite)

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Bei diesen Geschäften geht es um die Konkretisierung des am 19. März 2010 verabschiedeten Strafbehördenorganisationsgesetzes auf Verordnungsebene. Es betrifft die Bundesanwaltschaft sowie die vom Parlament beschlossene Aufsichtsbehörde. Es gilt, zum einen das Arbeitsverhältnis und die Besoldung des Bundesanwaltes und seiner Stellvertreter zu regeln, die aus dem EJPD ausgegliedert werden, und zum andern müssen wir Organisation und Aufgaben der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft regeln.

Eine weitere Frage gilt es zu klären, nämlich die Frage des Bürgerrechts des Bundesanwaltes bzw. der Bundesanwältin und von deren Stellvertretern. Heute gilt für die Bundesanwälte Artikel 8 Absatz 3 des Bundespersonalgesetzes: «Wenn dies für die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben notwendig ist, regelt der Bundesrat durch Verordnung: a. welche Ar-

10.441

**Parlamentarische Initiative
RK-SR.
Arbeitsverhältnis und Besoldung
des Bundesanwaltes
oder der Bundesanwältin sowie
der Stellvertretenden Bundesanwälte
oder Bundesanwältinnen
Initiative parlementaire
CAJ-CE.
Rapports
de travail et traitement
du procureur général
de la Confédération
et de ses suppléants**

*Fortsetzung – Suite*Einreichungsdatum 22.04.10Date de dépôt 22.04.10

Bericht RK-SR 20.05.10 (BBI 2010 4101)

Rapport CAJ-CE 20.05.10 (FF 2010 3737)

Stellungnahme des Bundesrates 04.06.10 (BBI 2010 4133)

Avis du Conseil fédéral 04.06.10 (FF 2010 3763)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.10 (Fortsetzung – Suite)

1. Verordnung der Bundesversammlung über das Arbeitsverhältnis und die Besoldung des Bundesanwaltes oder der Bundesanwältin sowie der Stellvertretenden Bundesanwälte oder Bundesanwältinnen

1. Ordonnance de l'Assemblée fédérale concernant les rapports de travail et le traitement du procureur général de la Confédération et des procureurs généraux suppléants

*Detailberatung – Discussion par article***Titel und Ingress, Art. 1–3***Antrag der Kommission: BBI***Titre et préambule, art. 1–3***Proposition de la commission: FF**Angenommen – Adopté***Art. 4, 5***Antrag der Kommission: BBI**Proposition de la commission: FF*

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Zu Artikel 4: Bezüglich Amtsdauer entspricht die vorgeschlagene Bestimmung der Regel für die Richter am Bundesstraf- und am Bundesverwaltungsgericht.

Zu Artikel 5: Hier stellte sich die Frage, wie es mit der Freistellung nach erfolgter Kündigung steht. Eine solche Freistellungsregelung ist nicht nötig und deshalb auch nicht vorgesehen. Sie ist bei den Richterinnen und Richtern auch nicht vorgesehen. Es gibt Amtsenthebungsgründe. Liegen solche vor, wird die Person ihres Amtes enthoben. Wenn der Arbeitgeber im Fall einer Kündigung eines Stelleninhabers auf die Dienste verzichten will, kann er das tun. Insofern braucht es keine Regelung, dass man die Person freistellen können muss.

*Angenommen – Adopté***Art. 6***Antrag der Kommission: BBI**Proposition de la commission: FF*

Janiak Claude (S, BL), für die Kommission: Zu diesem Artikel werden meine Ausführungen etwas länger sein, denn es geht ums Geld. Über die Einreihung gab es einen intensiven Schriftenwechsel zwischen EJPD beziehungsweise Bundesanwaltschaft und Ihrer Kommission für Rechtsfragen. Es gab verschiedene Vorstellungen über die Lohneinreihung. Es stellte sich die weitere Frage, ob zwischen dem ersten und dem zweiten stellvertretenden Bundesanwalt unterschieden werden soll und, wenn ja, ob ihre unterschiedlichen Funktionen in der Verordnung umschrieben werden müssen.

Kommission und EJPD haben sich in ihren Überlegungen etwas an der Verwaltungshierarchie orientiert und geschaut, wie die Einreihungen bei leitenden Funktionen in Bundesämtern sind. Da muss man feststellen, dass in der Bundesverwaltung die Einreihung in die Lohnklasse 36 eine sehr hohe ist. Es gibt offenbar nicht viele Bundesamtsdirektoren, die in dieser Lohnklasse sind. Ganz hoch wären die Lohnklassen 34 und 35 für stellvertretende Direktoren.

Was die Frage der Unterscheidung in erste und zweite stellvertretende Bundesanwälte angeht, so ist Ihre Kommission der Auffassung, dass man diese nicht machen sollte. Zum einen ist eine solche Unterscheidung im Gesetz nicht vorgesehen. Es fragt sich, ob der Verordnungsgeber hier das Gesetz konkretisieren und eine Unterteilung vornehmen kann, die das Gesetz selber nicht vorsieht. Zum andern müsste man sich bewusst sein, dass man, wenn man in der Verordnung eine solche Unterscheidung vornehmen würde, dann auch die unterschiedlichen Aufgaben relativ detailliert umschreiben müsste. Das würde dem Grundsatz widersprechen, dass der Bundesanwalt eine relativ hohe Organisationsautonomie geniessen soll. Das ist die Absicht des StBOG, das vorsieht, dass der Bundesanwalt den Betrieb der Bundesanwaltschaft selber organisiert und die Personen mit den entsprechenden Pflichten ausrüstet.

Es geht bei dieser Unterscheidung letztlich auch um die Lohneinreihung. Da muss man sagen, dass der primäre Stellvertreter des Bundesanwaltes nicht von vornherein mehr Verantwortung hat als der zweite Stellvertreter. Es kann durchaus sein, dass zwar formell der erste Stellvertreter den Bundesanwalt im Normalfall vertritt, dass aber der

zweite Stellvertreter so gewichtige Aufgaben hat, dass sich eine Einreihung auf gleichem Niveau rechtfertigen lässt.

Die Richter des Bundesstrafgerichtes sind in der Lohnklasse 33 eingereiht, während sich das Gehalt der Bundesrichter an jenem der Bundesräte orientiert, das heisst, es sind 80 Prozent eines Bundesratsgehalts. Bei unseren Überlegungen haben wir insbesondere den Quervergleich mit dem Bundesstrafgericht gemacht, weil wir dieses auch organisatorisch und hierarchisch auf dem gleichen Niveau gesehen haben wie die Bundesanwaltschaft, während der Vergleich mit dem Bundesgericht nach unserer Auffassung nicht richtig wäre. Ihre Kommission hat entschieden, Ihnen zu beantragen, den Bundesanwalt wie bisher in Lohnklasse 36 und die zwei stellvertretenden Bundesanwälte in Lohnklasse 33 einzureihen.

Zu Absatz 2: Die Richterverordnung stellt beim Anfangslohn primär auf das Alter des Richters ab. Sie berücksichtigt ausserdem angemessen die Ausbildung usw. Wir waren der Auffassung, dass das Alter allein nicht das vorrangige Kriterium sein kann, sondern dass es primär auf die Fähigkeiten ankommt. Das Alter spielt insofern eine Rolle, als die Erfahrung mit zunehmendem Alter grösser wird. Das lässt sich in der Berufs- und Lebenserfahrung berücksichtigen, die ebenfalls als Kriterium aufgeführt sind.

Noch zu Absatz 3: Die vorgeschlagene Regelung entspricht derjenigen für das Bundespersonal. Das Problem ist, dass der Bundesanwalt damit bessergestellt wird als die Richter am Bundesstraf-, Bundesverwaltungs- und Bundespatentgericht, wo das jährliche Lohnwachstum nur 1,2 Prozent des Höchstbetrags ausmacht. Entweder behält man den Status quo von 3 Prozent für den Bundesanwalt und die Stellvertreter bei, oder man stellt auf die Parallelität zu den Gerichten ab. Es ist beides möglich. Es liegt ein Vorschlag der Verwaltung vor, welcher der Regelung beim Bundespersonal entspricht. Beim Bundesstrafgerichtspräsidenten, beim Vizepräsidenten und bei den Vorstehern der einzelnen Abteilungen kommt noch die Präsidialzulage hinzu. Diese spielt hier keine Rolle. Es ist deshalb nicht so, dass bei diesem Vorschlag ein völliges Missverhältnis zu den vergleichbaren Funktionen bei den Gerichten gegeben wäre, deshalb unser Vorschlag zu Absatz 3. Sonst habe ich zu diesem Artikel keine Bemerkungen mehr.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Zu diesem Artikel nur ganz kurz: Die Vorstellungen des Bundesanwaltes bzw. der Bundesanwaltschaft und des EJPD gingen hier auseinander, das hat Herr Janiak erwähnt. Ich möchte mich dafür bedanken, dass die Kommission unsere Begründung aufgenommen hat. Wir sind der Auffassung, dass es irgendwo einen Vergleichsmassstab geben muss und dass sich die Bundesanwaltschaft – auch wenn sie jetzt dann «freifliegend» ist – irgendwo an einen Rahmen zu halten hat und auch irgendwo angegliedert sein soll, mindestens soweit es um die Entschädigung geht.

Was wir jetzt vorschlagen, was Ihre Kommission vorschlägt, berücksichtigt, was die Richter am Bundesstrafgericht erhalten, es entspricht im Wesentlichen dem, was unsere Amtsdirektoren erhalten, und es entspricht nicht zuletzt auch dem, was kantonale Ober- und Generalstaatsanwälte erhalten. Diese Ämter sind mit der Bundesanwaltschaft sicher vergleichbar. Ich bin froh, dass man sich daran anlehnt und damit dann auch einen Vergleich hat.

*Angenommen – Adopté***Art. 7–15***Antrag der Kommission: BBI**Proposition de la commission: FF**Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes ... 25 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

2. Bundesgesetz über die Organisation der Strafbehörden des Bundes
2. Loi fédérale sur l'organisation des autorités pénales de la Confédération

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I, II
Antrag der Kommission: BBI

Titre et préambule, ch. I, II
Proposition de la commission: FF

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
 Für Annahme des Entwurfes ... 26 Stimmen
 (Einstimmigkeit)
 (0 Enthaltungen)

10.442

Parlamentarische Initiative
RK-SR.
Organisation
und Aufgaben
der Aufsichtsbehörde
über die Bundesanwaltschaft
Initiative parlementaire
CAJ-CE.
Organisation et tâches de l'autorité
chargée de la surveillance
du Ministère public
de la Confédération

Fortsetzung – Suite

Einreichungsdatum 22.04.10
Date de dépôt 22.04.10

Bericht RK-SR 20.05.10 (BBI 2010 4117)
 Rapport CAJ-CE 20.05.10 (FF 2010 3751)

Stellungnahme des Bundesrates 04.06.10 (BBI 2010 4133)
 Avis du Conseil fédéral 04.06.10 (FF 2010 3763)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.10 (Fortsetzung – Suite)

Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation und die Aufgaben der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft
Ordonnance de l'Assemblée fédérale concernant l'organisation et les tâches de l'autorité de surveillance du Ministère public de la Confédération

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1–14
Antrag der Kommission: BBI

Titre et préambule, art. 1–14
Proposition de la commission: FF

Angenommen – Adopté

Art. 15
Antrag der Kommission: BBI
Antrag des Bundesrates: BBI

Art. 15
Proposition de la commission: FF
Proposition du Conseil fédéral: FF

Abs. 1, 3 – Al. 1, 3
Angenommen gemäss Antrag des Bundesrates
Adopté selon la proposition du Conseil fédéral

Abs. 2 – Al. 2
Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Art. 16–20
Antrag der Kommission: BBI
Proposition de la commission: FF

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
 Für Annahme des Entwurfes ... 31 Stimmen
 (Einstimmigkeit)
 (0 Enthaltungen)

08.3616

Motion Barthassat Luc.
Jugendlichen
ohne gesetzlichen Status
eine Berufslehre ermöglichen
Motion Barthassat Luc.
Accès à l'apprentissage
pour les jeunes
sans statut légal

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

Einreichungsdatum 02.10.08
Date de dépôt 02.10.08

Nationalrat/Conseil national 03.03.10

Bericht SPK-SR 20.04.10
Rapport CIP-CE 20.04.10

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.10 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Ordnungsantrag Berset

Die Kommission nimmt die Motion zur vertieften Prüfung zurück.

Antrag Frick

Rückweisung an die Kommission mit dem Auftrag, die Sachlage vertieft zu prüfen und insbesondere die Zahlen zu erheben über den Besuch, den Abschluss und die Finanzierung von sogenannten Sans-Papiers an den Mittel- und Hochschulen des Bundes und der Kantone.

Motion d'ordre Berset

La commission reprend la motion pour examen complémentaire.

Proposition Frick

Renvoi à la commission avec mandat d'examiner plus précisément les tenants et aboutissants de ce thème, et notamment de fournir des chiffres concernant la fréquentation des écoles secondaires et des hautes écoles de la Confédération et des cantons par des jeunes sans statut légal ainsi que le nombre de diplômes de fin d'études et le financement.